

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

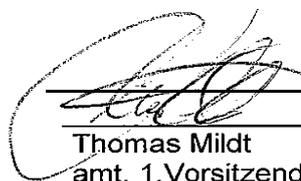
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 02.04.2025
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:26 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

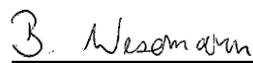
Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung



Thomas Mildt
amt. 1. Vorsitzender



Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

amt. Vorsitzender
Herr Thomas Mildt

Bürgermeister
Herr Andreas Brohm

Mitglieder
Frau Edith Braun
Herr Dr. Frank Dreihaupt
Frau Petra Fischer
Herr Dr. Denis Gruber
Herr Michael Grupe bis Mitte TOP 33
Herr Jürgen Hanff
Herr Karsten Heinemann
Herr Carsten Hintze
Herr Werner Jacob
Herr Peter Jagolski
Herr Dipl. Ing. (FH) Wilko Maatz
Herr Mario Merten
Herr Tobias Mielke
Herr Björn Paucke
Herr Norman Rentner
Herr Jan Rungweber
Frau Alexandra Schleef
Herr Mathias Sprunk
Herr Dennis Weiß
Herr Alexander Wittwer

Ortsbürgermeister
Herr Udo Wendorf

Anwesend:

Protokollführer
Frau Birgit Wesemann
Frau Andrea Schwarzlose lt. Aufzeichnung TOP 35

Abwesend:

Mitglieder
Herr Markus Fettback entsch.
Frau Carmen Kalkofen entsch.
Herr Christoph Plötze unentsch.
Herr Marco Radke entsch.
Frau Dr. Anita Schupet entsch.
Herr Klaus Witaszak entsch.
Herr Lars Witaszak entsch.

Tagesordnung

zur Fortführung der öffentlichenn/nichtöffentlichenn Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte vom 26.03.2025, am Mittwoch, 02.04.2025, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>DS-Nr.</u>
26. Entwurf zur 6. Änderung der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für den Stadtrat und seine Ausschüsse	BV 0216/2025
27. Vorschlagsrecht OR Lüderitz - Wechsel des Träger der Tageseinrichtung für Kinder	BV 0185/2025
28. Gliederung und Themenfelder Kita Konzepterstellung	BV 0212/2025
29. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister	BV 0220/2025
30. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	

Öffentliche Sitzung

36. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
37. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
38. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

Herr Mildt eröffnet die Fortführung der Sitzung des SRes (Stadtrates) vom 26.03.2025 und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 26: Entwurf zur 6. Änderung der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für den Stadtrat und seine Ausschüsse - Vorlage: BV 0216/2025

Herr Mildt informiert, dass die AFD-Fraktion ihren Antrag zum § 5, Ergänzung zur Sitzungsleitung, zurückzieht.

Herr Mildt fragt Herrn Jacob, ob er zum Antrag der Fraktion CDU-WG Zukunft etwas sagen möchte.

Herr Jacob antwortet, im letzten HA (Hauptausschuss) wurde alles gesagt.

Herr Mildt bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages der Fraktion CDU-WG Zukunft*.

Der Stadtrat beschließt die Regelung des § 20 der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte mit Wortlaut

"... Öffentlichkeit und Presse werden vom Bürgermeister über die Tagesordnung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie über den wesentlichen Inhalt der gefassten Beschlüsse unterrichtet."

um folgenden Satz 2 zu ergänzen:

„Die Informationen sind neutral zu formulieren, der § 33 BeamtStG (Beamtenstatusgesetz) und § 60 BBG (Bundesbeamtengesetz) sind zu berücksichtigen.“

Begründung: Die Neutralitätspflicht von Beamten ist ein wesentlicher Grundsatz im öffentlichen Dienst Deutschlands, der im Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) und im Bundesbeamtengesetz (BBG) rechtlich verankert ist. § 33 des BeamtStG und § 60 des BBG legen verschiedene Grundpflichten von Beamten fest, zu denen auch die Neutralitätspflicht gehört. Es wird von Beamten und Beamtinnen verlangt, ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht auszuführen und sicherzustellen, dass ihr Handeln frei von politischen Einflüssen bleibt. Diese Pflicht basiert auf dem Prinzip, dass Beamte dem gesamten Volk dienen und nicht einzelnen politischen Parteien oder Interessengruppen. Die Neutralitätspflicht ist entscheidend, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unabhängigkeit und Objektivität der Verwaltung zu bewahren. Die Pflicht schließt ein, dass Beamte in ihrem beruflichen Handeln und in ihrer öffentlichen Kommunikation politische Neutralität wahren müssen. Dies bedeutet unter anderem, dass Beamte bei der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeiten keine politischen Meinungen vertreten oder politische Aktivitäten unterstützen dürfen, die mit ihrer Rolle als unparteiische Staatsdiener in Konflikt stehen könnten. Beamte sind verpflichtet, sich in der Öffentlichkeit so zurückhaltend zu äußern, dass das Vertrauen in ihre unparteiische und gerechte Amtsführung nicht beschädigt wird. Ihre Äußerungen dürfen nicht den Anschein erwecken, sie seien ihrem Dienstherrn gegenüber nicht loyal oder gegenüber Bürgern nicht neutral. Mit der Ergänzung wird der Hauptverwaltungsbeamte zur Neutralität verpflichtet. Vor allem soll erreicht werden, dass er sich in der Öffentlichkeit so zurückhaltend zu äußern hat, dass das Vertrauen in seine unparteiische und gerechte Amtsführung nicht beschädigt wird.

Abstimmung Änderungsantrag: 21x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

Herr Mildt fragt, ob die UWGSA etwas zu ihrem Antrag sagen möchte.

Herr Maatz klärt auf, dass es sich um eine Live-Übertragung ohne Aufzeichnung handeln soll, um Bürgern die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen.

Herr Sprunk findet es datenschutzrechtlich sehr bedenklich. Sobald ein SR-Mitglied das nicht möchte, gibt es ein Problem und er fragt nach den Kosten, die entstehen werden.

Frau Schleef betont die Wichtigkeit der Transparenz und die Möglichkeit für Bürger, die Sitzungen aus der Ferne zu verfolgen.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste* und Abstimmung des Änderungsantrages.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 20x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

Nach der Abstimmung ruft **Herr Mildt** Herrn Brohm auf, da dieser noch auf der Rednerliste steht.

Herr Brohm bringt technische und finanzielle Aspekte ein, darunter die Kosten für die benötigte Videotechnik und die Herausforderungen einer Live-Übertragung, aufgrund der aktuellen Internetanbindung.

Herr Mildt bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages der UWGSA*.

Ich beantrage, dass der Stadtrat folgendes beschließt,

1. Zur Erhöhung der Transparenz und des Verständnisses kommunalpolitischer Gremienarbeit, soll es eine Übertragung mit Bild und Ton der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse als Live-Stream im Internet geben.

Begründung: Nach § 3 der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde „Stadt Tangerhütte“ für den Stadtrat und seiner Ausschüsse hat jeder Einwohner der Einheitsgemeinde das Recht auf Teilnahme an öffentlichen Sitzungen. Nach § 3 Abs. 1 Satz 3 sind Bild- und Tonübertragungen zulässig, wenn die Mehrheit des Stadtrates zustimmt und der Sitzungsablauf nicht beeinträchtigt wird. Der Antrag zielt darauf ab, interessierten Mitbürgern/innen, die aufgrund eingeschränkter Mobilität oder aufgrund erwerbsbedingter zeitlicher Beschränkungen die Möglichkeit zu geben, virtuell die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse verfolgen zu können. Der Livestream bietet in unserer flächenmäßig großen Gemeinde auch die Chance, praktizierte Kommunalpolitik transparent zu machen. Für die Beschaffung der erforderlichen Technik wird nach eigener Recherche ein einmaliger Betrag in Höhe von ca. 2.000 Euro haushaltswirksam.

Mit freundlichen Grüßen Carmen Kalkofen, Vorsitzende der Fraktion Unabhängige Wählergruppe „Südliche Altmark“

Abstimmung Änderungsantrag: 7x Ja, 9x Nein, 6x Enthaltung

Herr Mildt liest den nächsten Antrag der UWGSA vor.

Frau Schleef erläutert, dass der Antrag darauf abzielt, ausufernde Diskussionen zu begrenzen, ohne jemandem das Wort zu entziehen. Es obliegt ja dem SR, ob sie dem Antrag zustimmen oder nicht.

Herr Jacob merkt an, dass der Antrag bereits in der HA-Sitzung von Frau Kalkofen zurückgezogen wurde.

Herr Sprunk hält den Antrag für gesetzeswidrig. Der verstößt gegen das KVG LSA.

Herr Grupe gibt Herrn Jacob Recht und sagt, wir möchten keinen den Mund verbieten.

Herr Brohm stellt klar, dass die Geschäftsordnung das Innenverhältnis regelt und somit das KVG LSA nicht unmittelbar relevant ist. Er betont die Autonomie des Hauses, bezüglich der Geschäftsordnung und spricht sich dafür aus, dass Änderungen aufgenommen werden können, wenn dies gewünscht wird.

Herr Jagolski stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste* und Abstimmung des Änderungsantrages.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: 20x Ja, 1x Nein, 1x Enthaltung

Frau Schleef merkt nach der Abstimmung an, dass die Zurückziehung des Antrages in der HA-Sitzung für den SR nicht bindend ist.

Anschließend bittet **Herr Mildt** um Abstimmung des *Änderungsantrages der UWGSA*.

Ich beantrage, dass der Stadtrat folgendes beschließt:

1. Der § 9 Abs. 5 Buchst. A) der Geschäftsordnung der Einheitsgemeinde „Stadt Tangerhütte“ wird um folgenden zweiten Anstrich ergänzt: - Schluss der Debatte

Begründung: Jedes Mitglied des Stadtrates kann den „Schluss der Debatte“ nach der Geschäftsordnung beantragen. Wenn die Mehrheit dem zustimmt, wird die Debatte sofort beendet, unabhängig davon, ob alle Redner gesprochen haben. Mit dem Einfügen der o.g. Ergänzung wird erwartet, dass die Sitzungen des Stadtrates effizienter werden.

Der Antrag „Ende der Debatte“ gibt den Fraktionen aber auch in einem symbolischen oder rhetorischen Sinn die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass kein weiteres Interesse besteht, das Thema weiter zu diskutieren, weil alles Wesentliche bereits gesagt wurde oder keine Einigung erzielt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen Carmen Kalkofen, Vorsitzende der Fraktion Unabhängige Wählergruppe „Südliche Altmark“

Abstimmung Änderungsantrag: 6x Ja, 15x Nein, 1x Enthaltung

Herr Mildt bittet um Abstimmung der BV 0216/2025, mit der einen *beschlossenen Änderung von der Fraktion CDU-WG Zukunft*.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die 6. Änderung zur Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis: 16x Ja, 5x Nein, 1x Enthaltung

TOP 27: Vorschlagsrecht OR Lüderitz - Wechsel des Träger der Tageseinrichtung für Kinder - Vorlage: BV 0185/2025

Die BV 0185/2025 wurde in der SR-Sitzung am 26.03.2025, im TOP 2, von der Antragstellerin Frau Braun zurückgezogen.

TOP 28: Gliederung und Themenfelder Kita Konzepterstellung - Vorlage: BV 0212/2025

Herr Brohm berichtet, dass der Auftrag zur Erstellung einer Kita-Konzeption sehr umfangreich ist und zur Klärung unterschiedlicher Sichtweisen, eine verbindliche Gliederung und Festlegung der zu betrachtenden Punkte erforderlich ist. Er bittet um Klarheit und Sicherheit für das weitere Vorgehen. Heißt die Devise, es bleibt alles so wie es ist. Die Anzahl der Einrichtungen sollen alle bleiben, macht euch (Verwaltung) einen Kopf, wie das zu bespielen ist und zu finanzieren ist. Oder heißt die Frage, mit Blick auf die Entwicklung oder die prognostizierte Entwicklung. Es sind auch Eltern und Mitarbeiter mit einzubinden.

Herr Jacob bringt einen Änderungsantrag ein, der die Aufnahme weicher Faktoren in die Gliederung und Themenfelder vorsieht und die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Fragebogen zu erstellen. Dieser wurde im letzten SA (Sozialausschuss) als Abstimmungsbedingung formuliert.

Herr Brohm hat Verständnisfragen, bezüglich der Definition weicher Faktoren und der Formulierung der Fragen für den Fragebogen.

Herr Rentner widerspricht Herrn Brohm und betont, dass in der letzten SA-Sitzung über weiche Faktoren gesprochen wurde, die auch in die Kita-Konzeption einfließen sollen.

Herr Wittwer unterstützt den Änderungsantrag und sagt, Herr Fettback hatte im SA eine Liste dabei, die formuliert war. Diese hat er sicherlich nicht zu Protokoll gegeben, aber er kann die Liste bestimmt nachreichen.

Frau Braun äußert sich kritisch über die Handhabung von Änderungen und Entscheidungen, die nicht durch den SR als beschließendes Organ erfolgt sind. Sie weist darauf hin, dass das KVG LSA Vorrang vor der Geschäftsordnung und der Hauptsatzung hat und nicht verletzt werden darf.

Herr Mildt bittet um Abstimmung des *Änderungsantrages der Fraktion CDU-WG Zukunft (in Kursiv)*. Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte stimmt der Gliederung und den vorgeschlagenen Themenfelder, die einer Betrachtung zu unterziehen sind, *mit der Aufnahme weicher Faktoren*, zu *(wie im Sozialausschuss als Abstimmungsbedingung formuliert)*.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fragebogen für Eltern, Mitarbeiter und Leitungskräfte zu erstellen, *. Diesen dem Sozialausschuss zum Beschluss vorzulegen.*

Abstimmung Änderungsantrag: 21x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

Jetzt bittet **Herr Mildt** um *Abstimmung der BV 2012/2025, mit dem beschlossenen Änderungsantrag* von der Fraktion CDU-WG Zukunft.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte stimmt der Gliederung und den vorgeschlagenen Themenfelder, die einer Betrachtung zu unterziehen sind, mit der Aufnahme weicher Faktoren, zu (wie im Sozialausschuss als Abstimmungsbedingung formuliert).

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fragebogen für Eltern, Mitarbeiter und Leitungskräfte zu erstellen, . Diesen dem Sozialausschuss zum Beschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 21x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 29: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister - Vorlage: BV 0220/2025

Herr Mildt ruft den TOP auf und **Herr Brohm** verlässt wegen Mitwirkungsverbot den Sitzungstisch.

Frau Braun brachte im Namen der WG Lüderitz die Dienstbeschwerde ein, die mit konkreten Punkten untermauert ist und kritisiert, dass der Antrag, der vorvorigen SR-Sitzung, alle nicht umgesetzten Beschlüsse von 2014 – 2025 aufzulisten, auch noch nicht beantwortet wurde. Sie muss sich schon sehr wundern, wie man sagen kann, dass nicht umgesetzte SR-Beschlüsse zugelassen werden, oder dass in Widerspruch gegangen wird. Frau Braun verweist auf mehrere Beispiele, bei denen ihrer Meinung nach die Verwaltung nicht entsprechend der Beschlüsse gehandelt hat.

Frau Schleef spricht die Kosten an, die durch eine frühere Dienstaufsichtsbeschwerde entstanden sind (30.000 € plus Anwaltskosten) und weist darauf hin, dass viele der nicht umgesetzten Beschlüsse freiwillige Aufgaben betreffen.

Herr Sprunk thematisiert die Schwierigkeiten bei der Recherche von Beschlüssen im System Mandatos und kritisiert die mangelnde Transparenz und Effektivität des Systems, für die Gremienarbeit.

Herr Jagolski erläutert, dass eine Dienstaufsichtsbeschwerde notwendig ist, um zu verhindern, dass Missstände als stillschweigend akzeptiert gelten und er weist auf die Unterscheidung zwischen Dienstaufsichtsbeschwerde und Disziplinarverfahren hin.

Frau Braun führt weiter aus, dass die Beschwerde keine Kosten verursachen und unterstreicht die Notwendigkeit der Umsetzung von SR-Beschlüssen, insbesondere im Hinblick auf den Jugendclub, der Einfriedung auf dem Friedhof und die Baumnachpflanzungen.

Herr Jacob schließt sich den Ausführungen von Herrn Jagolski an und betont die Bedeutung von Dienstaufsichtsbeschwerden, als Mittel gegen die Billigung von Missständen durch Untätigkeit.

Herr Sprunk spricht die Nichtumsetzung von Beschlüssen, bezüglich der Vollverpflegung in der Kita „Friedrich-Fröbel“ und der Wiedereröffnung der Kita Demker, an.

Herr Mildt bittet um *Abstimmung der BV 0220/2025*.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt, die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister als unbegründet zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 10x Nein, 7x Enthaltung

Herr Brohm setzt sich wieder an den Sitzungstisch und nimmt weiter an der Sitzung teil

TOP 30: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Wittwer bringt einen Antrag für einen Sonderbauausschuss zum Thema Deichbau ein und betont die Dringlichkeit dieses Themas für die Region. Diesen hat er, zusammen mit der Fraktion CDU-WG Zukunft, in der letzten BA-Sitzung schon gestellt. Er kritisiert die mangelnde Informationsweitergabe durch die Stadt und durch das Ministerium und appelliert an die Verantwortung aller Beteiligten. Für diesen Sonderbauausschuss ist vorgesehen, die Direktorin des LHW (Landesbetrieb für Hochwasserschutz) einzuladen, damit diese uns über die öffentlichen Planungen informiert.

Herr Mildt gibt die Sitzungsleitung an Herrn Wittwer ab.

Herr Mildt teilt mit, dass er einen anonymen Brief erhalten hat, der sich gegen einen weiteren Markt in Tangerhütte ausspricht und stattdessen den Bau altersgerechter Wohnungen vorschlägt. Er liest den Brief vor, äußert seine Zustimmung zu diesem Vorschlag und regt an, dies in der nächsten Versammlung zu besprechen.

Herr Jacob schließt sich Herrn Wittwer an. Des Weiteren spricht er die Entfernung der Wertstoffcontainer vom Parkplatz an und weist darauf hin, dass eine neue Regelung besteht, nach der der Kreis zusammen mit Abfallunternehmen für die Annahme gebrauchter Textilien zuständig ist. Er bittet die Verwaltung, diese Regelung den Bürgerinnen und Bürgern besser zu kommunizieren und deren Umsetzung zu kontrollieren.

Herr Jagolski fordert ebenfalls, die Bürger über die neue Regelung zu informieren und deren Umsetzung zu überwachen. Er spricht noch den Friedhofsparkplatz an und fragt, gibt es Bestrebungen, eine Nutzungsvereinbarung mit dem Eigentümer zu unterschreiben? Herr Borstell, OBM (Ortsbürgermeister) Tangerhütte hat gesagt, es wird eine Nutzungsvereinbarung erarbeitet.

Das ist auch **Herr Brohm** sein Kenntnisstand.

Herr Jagolski spricht das Thema der Prüfung der Leistungsfähigkeit der Kommunen an.

Dazu hat **Herr Brohm** keinen neuen Kenntnisstand.

Herr Jagolski äußerte Zweifel an der Aussage, dass die Stadt auf einer Warteliste steht, da ihm andere Informationen vorliegen.

Herr Jagolski möchte im Zusammenhang mit dem Wildpark Weißewarte gegen die EGem wissen, wieviel Prozesse bisher geführt wurden, sei es personell, sei es um das Eigentum oder sei es um irgendwelche Verträge, die nicht erfüllt wurden und wieviel Kosten bisher entstanden sind.

Herr Brohm berichtet über einen Gerichtsprozess, bei dem die EGem Stadt Tangerhütte gegen Herrn Stoike und dessen Tochter verklagt wurde. Es wurde ein Vergleich unter Vorbehalt geschlossen, über dessen Details er, aufgrund einer Verschwiegenheitsvereinbarung, nicht öffentlich sprechen darf. Er bietet an, die entstandenen Kosten für die EGem, die schon einmal aufgelistet wurden, zu aktualisieren.

Genau um diese Aufstellung, bittet **Herr Jagolski**.

Herr Sprunk stellt eine Frage zur Kita-Leitung Bellingen, die angeblich gekündigt hat. **Herr Brohm** lehnte es ab, im öffentlichen Teil dazu Stellung zu nehmen, und bittet um Respekt, für seine Haltung.

Frau Braun gibt eine Erklärung ab, in der sie sich gegen Vorwürfe von SR Rentner verteidigt, die besagen, eine syrische Familie ist, aufgrund von Unstimmigkeiten mit ihr, weggezogen. Sie legt dar, dass die Familie von Anfang an geplant hatte, ins Saarland zu ziehen, und dass sie sich in Lüderitz wohlfühlt hatte. Frau Braun forderte eine öffentliche Erklärung von Herrn Rentner und droht mit rechtlichen Schritten.

Herr Hintze spricht das Problem des Deichschutzes an und erwähnt, dass durch einen Machtwechsel in den letzten 2 Jahren viele Informationen im LHW verloren gegangen sind. Es ist notwendig, die neuen Entscheidungsträger für die lokalen Probleme zu sensibilisieren.

Herr Sprunk erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Reparatur der Drehleiter.

Herr Brohm erklärt, dass noch keine Lösung gefunden wurde und skizziert mögliche Optionen, darunter eine Miete oder den Kauf einer gebrauchten Drehleiter.

Frau Braun äußert sich kritisch zu einem Antrag der AFD-Fraktion, der vorsah, dass Flüchtlinge und Asylbewerber für 0,80 € pro Stunde arbeiten könnten. Sie kritisiert die hohen Kosten für das Projekt, das Asylbewerber mit Arbeitskleidung und technischen Geräten wie iPhones oder iPads ausstattet, während in Stendal Asylbewerber ohne entsprechende Ausrüstung Müll sammeln. Diese Diskrepanz wirft Fragen zur Umsetzung pragmatischer Lösungen in anderen Orten auf und sie fordert mehr Willenskraft, um ähnliche Maßnahmen in Tangerhütte zu realisieren.

Herr Heinemann schließt sich der Kritik an und spricht von der Verärgerung der Bürger in Tangerhütte, über die hohen Kosten für Arbeitskleidung und technische Ausstattung. Er hinterfragt die Notwendigkeit dieser Ausgaben und verweist auf die Möglichkeit, einfache Arbeiten wie das Harken auf dem Friedhof, auch ohne spezielle Ausrüstung, verrichten zu lassen.

Herr Jacob kritisiert das Verhalten des BM (Bürgermeisters), im Zusammenhang mit dem Rücktritt des SR-Vorsitzenden. Er bemängelt, dass der BM sich nicht bedankt hat und sieht darin einen Mangel an Respekt und Anstand.

Herr Wittwer stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zum TOP vorliegen und schließt diesen.

Anschließend wird 20:07 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt und die Sitzungsleitung an Herrn Mildt übergeben.

Öffentlicher Teil

TOP 36: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Mildt stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 37: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nichtöffentlichen Sitzung wurden folgende nichtöffentliche Beschlüsse beschlossen.

BV 0215/2025: Grundstücksangelegenheit Weißewarte - Ausschreibungsunterlagen Veräußerung ehemalige Wildpark von Weißewarte

BV 0179/2024: Personalangelegenheit - Leitung Kindertagesstätte Demker "Tangerwichtel"

TOP 38: Schließung der Sitzung

Herr Mildt schließt 21:26 Uhr die SR-Sitzung.

Niederschrift mit Hilfe von KI fertiggestellt, am: 16.04.2025